

Eine »Chavezierung« Argentiniens?

Grenzen einer parallelen Entwicklung

Claudia Zilla

Für die argentinische Regierung bleibt Hugo Chávez ein unberechenbarer Freund: Bei seinem Argentinienbesuch Mitte Mai schloss der venezolanische Präsident Abkommen über eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit und verstaatlichte wenige Tage später in Venezuela drei Firmen, die zum größten argentinischen Konzern Techint gehören. In Argentinien, wo am 28. Juni vorgezogene Parlamentswahlen stattfinden, prangern viele Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Parallelen in der Politik und die engen Beziehungen mit Venezuela vermehrt an. Zugleich werden die Hürden, die einem Import des »Chavismo« entgegenstehen, und die Notwendigkeit, mit der außenpolitischen Selbstisolation zu brechen, zunehmend deutlich.

Rechtzeitig zu Beginn des Wahlkampfs stattete Hugo Chávez Argentinien einen Staatsbesuch ab. Wie schon bei den Präsidentschaftswahlen 2007 sprach er sich dabei erneut für den amtierenden peronistischen *Frente para la Victoria* (FPV) aus. In seiner Pressekonferenz in Buenos Aires verwies Chávez zwar auf die geplante Nationalisierung der venezolanischen Filiale der spanischen Bank Santander, erwähnte aber mit keinem Wort die Entscheidung, die er wenig später – angeblich ohne die argentinische Regierung vorher zu informieren – treffen sollte: die Verstaatlichung von sechs Unternehmen in der Bergbauregion Guayana. Darunter befinden sich zwei Unternehmen (Tavsa und Matesi) der argentinischen Gruppe Techint und ein drittes (Comsigua), an dem Techint mit einem geringen Anteil der Aktien beteiligt ist.

Argentiniens Präsidentin, Cristina Kirchner, verurteilte diese Maßnahme nicht und forderte von Venezuela lediglich eine angemessene Entschädigung. Als viel irritierender empfand die Regierung in Buenos Aires die Aussage von Chávez, sein Land befinde sich inmitten eines verstärkten Nationalisierungsprozesses, von dem brasilianische Unternehmen jedoch ausgenommen seien. Eine Diskriminierung argentinischer Interessen gegenüber brasilianischen befürchtend, verlangte Cristina Kirchner von Chávez eine Klarstellung. Dieser tat seine Aussage dann als Witz ab, den er in einem vertraulichen Gespräch mit Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva erzählt habe.

Indes mehren sich in Argentinien die Befürchtungen vieler Akteure, die Kirchner-Regierung könnte der »chavistischen

Methode« staatlicher Einmischung in Wirtschaft und Gesellschaft folgen und durch enge Beziehungen zu Caracas einer »Chavezisierung« Argentiniens Vorschub leisten.

Parallelen im Innern

Kritiker sehen das Ehepaar Kirchner in puncto Verstaatlichungspolitik als Schüler von Chávez. Die Liste der unter der Ägide Néstor und Cristina Kirchners verstaatlichten Unternehmen wird immer länger: eine Fluggesellschaft (*Aerolíneas Argentinas*), die Wasserversorgung (*Aguas Argentinas*), die Post (*Correo Argentino*) sowie eine Militärflugzeugfabrik (*Área Material Córdoba*). Dabei handelt es sich um Unternehmen, die im Rahmen der Privatisierungswelle der neunziger Jahre mit europäischem (vor allem spanischem) Kapital erworben wurden.

Scharf kritisiert wurde vor allem die Rückführung des privaten Rentensystems in staatliche Obhut. Die Regierung stellte dies als Maßnahme zum Schutz der Rentner vor den Folgen der Finanzkrise dar. Die Opposition sah darin eher das Bestreben der Regierung, mit Hilfe der Versicherungsfonds Schulden zu bedienen und die Staatskasse aufzubessern. Mit der Verstaatlichung der Altersversorgung wurde der Staat – über die Investitionen der Versicherungsfonds – zu einem bedeutenden Aktionär vieler Unternehmen. Infolgedessen beordnete die Regierung kürzlich über die Nationale Sozialversicherungsagentur (ANSES) Staatsvertreter in die Aufsichtsräte dieser Firmen. Einige unterstehen nun sogar staatlicher Kontrolle.

Eine weitere Parallele zwischen Chávez und Kirchner wird beim Umgang mit der Pressefreiheit gezogen. Beide zeichneten sich in ihrer gemeinsamen Pressekonferenz in Buenos Aires als Opfer einer medialen Kampagne in dem von ihnen regierten Land. Die argentinische Regierung ist aber noch weit von der Kommunikationspolitik im Stile Chávez' entfernt – der gar von »Medienterrorismus« spricht. Gleichwohl greifen die Kirchners in ihren Reden stets die kritische Presse an. Die Regierung drohte

wiederholt mit der Verabschiedung eines neuen Rundfunkgesetzes. Die Medien berichten zunehmend regierungskritisch und räumen Stimmen aus der Opposition mehr Platz ein. Unabhängige Journalisten werfen dem staatlichen Fernsehkanal (*Canal 7*) vor, dass er sein Programm unterbricht, um Reden von Néstor Kirchner, Vorsitzender der regierenden Partei, Ehemann und Vorgänger der Präsidentin, live zu übertragen. Ein anderes Beispiel ist die Manipulation offizieller Statistiken. So arbeitet das Nationale Statistikinstitut (INDEC), in dem es einige Umbesetzungen unter parteipolitischen Vorzeichen gegeben hat, mit einer neuen Formel zur Berechnung der Inflationsrate. Aufgrund derlei Schönungen offizieller Daten hat der Staat massiv an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Die argentinische Opposition vergleicht den polarisierenden und auf Machtkonzentration bedachten Regierungsstil der Kirchners mit den ausgeprägt personalistischen und populistischen Zügen der Chávez-Regierung. Mit ähnlich plebiszitärem Impetus haben die Kirchners entschieden, die Parlamentswahlen vorzuverlegen und in eine Volksabstimmung über die Unterstützung der Regierung umzudeuten.

Transnationale Verbindungen

Argentinien sieht in der venezolanischen Regierung eine privilegierte Partnerin; davon zeugen zahlreiche Kooperationsabkommen. Auch wenn viele davon nicht mehr sind als Absichtserklärungen, gibt es genug konkrete Beispiele für die Intensität der bilateralen Beziehungen.

Energiekooperation. Im Kontext der argentinischen Gaskrise im Jahr 2004 vereinbarten beide Länder ein Tauschgeschäft: Venezuela gewährte Öllieferungen als Soforthilfe, die Argentinien mit landwirtschaftlichen Produkten, Maschinen und medizinischer Ausrüstung bezahlte (SWP-Studie 22/2008). Die Energiekooperation setzte sich mit der Beteiligung der staatlichen Energieunternehmen beider Länder

(PDVSA und ENARSA) an gemeinsamen Joint-ventures fort.

Finanzhilfe. Chávez kaufte wiederholt argentinische Staatsanleihen und setzte sie auf den internationalen Märkten mit großem Veräußerungsgewinn ab. 2006 gaben beide Staaten erstmals argentinisch-venezolanische Anleihen (*Bono del Sur*) aus. Angesichts ihrer mangelnden Kreditwürdigkeit erscheint der argentinischen Regierung die mit einem Zinssatz von 16 Prozent teure chavistische Hilfe besser als gar kein Kredit oder die Abhängigkeit von den Bretton-Woods-Institutionen. Argentinien befindet sich gegenüber dem Pariser Club im Zahlungsverzug.

Wahlkampfunterstützung. Es gibt Anzeichen dafür, dass Chávez die Kirchners im Verborgenen auch direkt finanziell unterstützt. Dies legte die sogenannte »Koffer-Affäre« nahe. Dabei ging es um zwei Reisetaschen, die am Flughafen von Buenos Aires beschlagnahmt wurden und 800 000 US-Dollar enthielten. Die Gelder stammten mutmaßlich vom venezolanischen Ölundertnehmen PDVSA und sollten Cristina Kirchners Wahlkampf 2007 finanzieren.

Förderung zivilgesellschaftlicher Gruppen. Die Regierung Chávez pflegt enge Verbindungen zu einer Reihe sozialer Basisorganisationen und universitärer Gruppen in Argentinien, vor allem zu den *Piqueteros*, der Protestbewegung der Arbeitslosen, die finanzielle Zuwendungen aus Venezuela erhält und deren Anführer, Luis D'Elía, bis 2006 Unterstaatssekretär in Argentinien war.

Die Beziehungen zu Venezuela sind aber keine Einbahnstraße, von der nur Argentinien profitiert: Auf die erste Kirchner-Administration geht das entschiedene Plädoyer für den Mercosur-Beitritt Venezuelas zurück. Néstor Kirchner ermöglichte zudem die spektakuläre Inszenierung Chávez' in der »Contracumbre« (III. Gipfeltreffen der Völker). Das Treffen fand 2005 im argentinischen Mar del Plata statt, im Kontext des IV. Amerika-Gipfels, auf dem George W. Bushs Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone eine eindeutige Absage erteilt wurde (SWP-Aktuell 51/2005).

Eingeschränkter Spielraum

Argentinisches Aktienvermögen war schon im Mai 2008 durch die Verstaatlichungspolitik Chávez angetastet worden. Dies betraf damals Sidor, das größte Stahlunternehmen der Andenregion und der Karibik. Aufgrund dieser Erfahrung kritisieren argentinische Unternehmensverbände, aber auch die Gewerkschaft der Stahlindustrie (UOM) Chávez' neue Verstaatlichungsaktion mit scharfen Worten. Die Argentinische Industrieunion (UIA) forderte die eigene Regierung auf, die Eingliederung Venezuelas in den Mercosur zu überdenken. Denn die Verstaatlichungspolitik von Chávez widerspreche den Prinzipien eines gemeinsamen Markts, schaffe Asymmetrien durch ungleiche Behandlung der Mitgliedsländer und gefährde den regionalen Integrationsprozess ebenso wie die ökonomischen Interessen der beteiligten Staaten. Die jüngsten ordnungspolitischen Maßnahmen der Chávez-Regierung hätten die Bedingungen verändert, unter denen der argentinische Kongress seinerzeit den Mercosur-Beitritt Venezuelas ratifiziert habe. Ähnlich besorgt erinnerte die argentinische Außenhandelskammer (CERA) an die Aussage von Chávez, der Mercosur solle sich in Richtung ALBA entwickeln, des »alternativ-solidarischen« Integrationsprojekts.

Im Innern gerät die argentinische Regierung auch durch die venezolanische Außenpolitik in Schwierigkeiten. Chávez' enge Beziehungen zu Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad zwingen die Kirchners zu einem Balanceakt zwischen Chávez und ihrer Selbstdarstellung als Verfechter der Menschenrechte. So setzten sie sich – in Abkehr von der Politik Carlos Menems – für eine Aufklärung der Terrorattentate auf die israelische Botschaft und das jüdische Gemeindezentrum (AMIA) ein, die im Jahr 1992 bzw. 1994 mutmaßlich mit iranischer und syrischer Unterstützung begangen wurden. In diesem Kontext sorgten die proiranischen und anti-israelischen Aussagen des venezolanischen Botschafters in Argentinien, Roger Capella, und seines Freundes, des *Piquetero*-Anführers D'Elía, für diplo-

matischen Zwist zwischen Buenos Aires und Caracas und riefen in Argentinien scharfe Kritik hervor. Capella und D'Elía mussten inzwischen ihre Posten räumen.

Grenzen für eine »Chavezierung« Argentiniens werden intern in zwei Faktoren gesehen: der Präsenz der Opposition in den politischen Institutionen – oppositionelle Gruppen geben vor, Lehren aus den Fehlern der venezolanischen Opposition gezogen zu haben, und möchten sich daher nicht wie jene von der politischen Bühne zurückziehen – und in der Existenz einer immer noch breiten, wenn auch kleiner gewordenen Mittelschicht. Diese sieht den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« als eine gefährliche Phantasie an und distanziert sich zunehmend von der Politik der argentinischen Regierung. So hat der FPV bei den Wahlen 2007 auch in allen urbanen Zentren des Landes verloren. Meinungsumfragen prognostizieren ihm für die Wahlen Ende Juni noch schlechtere Ergebnisse; die Regierung könnte infolgedessen die parlamentarische Mehrheit verlieren. Die peronistische Bewegung ist fragmentiert, selbst in den eigenen Reihen könnte die Loyalität gegenüber Kirchner schwinden.

Um dem *Chavismo* mit Aussicht auf Erfolg nachzueifern, fehlen der argentinischen Regierung zwei Schlüsselressourcen: die Öleinnahmen zur Finanzierung extensiver Sozialprogramme und weiterer Verstaatlichungen und die Unterstützung des Militärs als eines Akteurs, der die Regierungspolitik mitträgt. Zudem verliert der *Chavismo* in dem Maße an Attraktivität, in dem er sich radikalisiert und die venezolanischen materiellen Zuwendungen im Ausland zurückgehen – zwei Entwicklungen, die niedrige Ölpreise begünstigen und die globale Finanzkrise fördern werden.

Außenpolitische Isolation

Die Regierung in Buenos Aires zählt Argentinien nicht mehr – wie zu Zeiten der Selbstüberschätzung unter der Präsidentschaft Menem – zur ersten Welt, sondern verortet es heute im Kontext der Süd-Süd-

Dimension. Sie hat auch den noch in den neunziger Jahren hohen Grad an außenpolitischer Aktivität zurückgefahren und sich stark zurückgezogen. Nach der Krise 2001/02 und der dürftigen Legitimation Néstor Kirchners durch Wahlen galt die Regierungspolitik der internen Krisenbewältigung und dem Ausbau der eigenen Macht. Cristina Kirchner hat den versprochenen außenpolitischen Wandel jedenfalls nicht herbeigeführt.

Die Selbstisolierung Argentiniens vollzog sich in einer Phase, in der Brasiliens und Venezuelas außenpolitische Rolle wuchs und die Lateinamerika-Politik der Bush-Regierung durch Einfallslosigkeit charakterisiert war. Die argentinische Regierung bemüht sich, die gestörte Kommunikation mit Washington zu reparieren. Sie schlägt daher gegenüber der neuen US-Regierung einen viel moderateren Ton an als Chávez. Bislang kam es noch nicht zu einer direkten Begegnung auf höherer Ebene mit Vertretern der Obama-Administration.

Zum außenpolitischen Rückzug Argentiniens hat nicht zuletzt der Verlust an internationaler Glaubwürdigkeit beigetragen – nicht nur bei den Geldgebern. So bleibt es auf Chávez' Hilfe angewiesen; die Nähe zu ihm schadet jedoch dem internationalen Ansehen Argentiniens und treibt es in einen Teufelskreis. Aus argentinischer Sicht sollte Venezuela innerhalb des Mercosur als Energielieferant und Gegengewicht zu Brasilien fungieren. Die Energiekooperation bleibt aber schwach ausgeprägt und bilateral; Venezuela hat dem lusitanischen Nachbarn den Vorzug gegeben. Ironischerweise hat das brasilianische Parlament den Mercosur-Beitritt Venezuelas noch nicht ratifiziert. Dennoch sagte die Lula-Regierung Chávez in Bahía einen Investitionskredit von rund 4300 Millionen US-Dollar zu. Mit der relativ erfolgreichen Engagementpolitik Lulas gegenüber Chávez kann Argentinien nicht mithalten. Dafür fehlen die ökonomischen und politischen Ressourcen. Ungeachtet dessen bleibt Argentinien in seiner Außenpolitik weit unter seinen Möglichkeiten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364